

LANDTAG IN KÜRZE

39 Kleine Anfragen

VADUZ – Im Landtag wurden gestern Mittag 39 Kleine Anfragen an die Regierung gerichtet. Nachstehend die Kleinen Anfragen der jeweiligen Abgeordneten stichwortartig im Überblick:

Johannes Kaiser (FBP)

- Stümfahrt Feldkirch – Diskussionsstand
- Schaffung Mediengesetz – Bearbeitungsstand

Josy Biedermann (FBP)

- Situation des Trinkwassers in Liechtenstein

Wendelin Lampert (FBP)

- Stand der Tarmed-Einführung im FL
- Gesundheitskosten in Liechtenstein

Doris Frommelt (FBP)

- Bau des Schulzentrums Mühleholz (SZM)

Alots Beck (FBP)

- Umsetzung Agrarpolitik

Ivo Klein (VU)

- Krisenplanung bezüglich Unwetter
- Alpenrhein – Lebensraum für Fische
- FL-Rundfunk – Verbuchung VR-Honorare
- Lärmschutz entlang von Bahnstrecken
- Rechte Szene in Liechtenstein

Henrik Caduff (VU)

- Bahnübergänge Schaan
- Fin. Kompetenzen der Regierung und Ämter
- Tätigkeiten Zukunftsbüro Liechtenstein

Heinz Vogt (VU)

- Rauschbrand – Situation in Liechtenstein
- Linienbusverkehr Malbun
- Verfahrenshilfe bei Mediationsverfahren
- Solidarische Haftung bei Vereinsmitgliedern

Harry Quaderer (VU)

- Anonymer Gratis-HIV-Test
- Jahresbeitrag für den LPC

Arthur Brunhart (VU)

- Koppelung Gas-Ölpreis

Jürgen Beck (VU)

- Notfallkrisenmanagement
- Visumerfordernis für Thailand

Günther Kranz (VU)

- Entwicklung Mehrwertsteuersätze
- Stand nach Reform der KV-Ausbildung

Doris Beck (VU)

- Reorganisation der Gerichtsbehörden
- Ausbildung von Richteramtswärtern
- Richter für den Menschenrechts-Gerichtshof

Gebhard Nägele (VU)

- Wildtierfütterung
- Lärmschutz bezüglich privater Feste
- Ferdinand Frick AG – Lohnforderungen, Pensionsgelder und Insolvenzschiendigung

Andrea Matt (FL)

- Sexualkundeunterricht
- Gefahr durch Füchse in Dörfen
- Sicherung des Bahnweges in Schaanwald

Pepo Frick (FL)

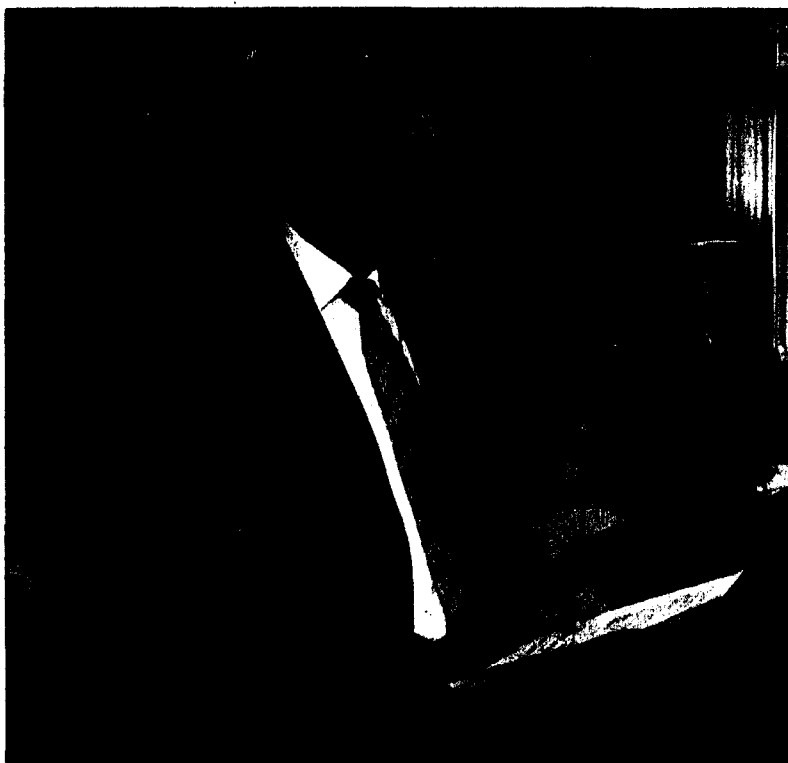
- Klimarappen – Warum nicht im FL?
- Kyoto-Protokoll – Stand der Umsetzung
- Arztrechnungen auch für Patienten
- Sextelefonanbieter in Liechtenstein

Neues Mitglied für LGV-VR

VADUZ – Weil VR Roland Risch per 1. Juli 2005 zum Geschäftsführer der LGV bestellt wurde, erklärte er auf den 1. Juli 2005 seine Demission als VR. Harald Sprenger wurde von 24 Abgeordneten als neues LGV-VR-Mitglied gewählt. (1e)

VGH-Richter gewählt

VADUZ – Als ordentliche VGH-Richter wurden gewählt: Andreas Batliner, Schellenberg; Christian Batliner, Triesen; Peter Bussjäger, Bludenz; Kuno Frick, Balzers und Marion E. Seeger, Vaduz. Als Ersatzrichter wurden gewählt: Christa Bechter-Erni, Triesen; Christoph Büchel, Vaduz; Pius Heeb, Schaan; Siglinde Marxer, Eschen und Marie-Louise Stoffel-Büchel, Ruggell. (1e)



«Der Gegenvorschlag entspricht internationalen Standards, wir erfinden damit nichts Neues»: FBP-fraktionspräsident Markus Büchel.



Sprachen sich als einzige Abgeordnete für die Initiative «Für das Leben» aus: Marlies Amann-Marxer (VU) und Günther Kranz (VU).

«Komplett verschieden»

Landtagsdebatte über die Initiative «Für das Leben» und den Gegenvorschlag

VADUZ – «Die beiden nun vorliegenden Initiativen veranschaulichen zwei komplett verschiedene Weltbilder», brachte die FBP-Abgeordnete Doris Frommelt zum Ausdruck, dass zwar beide Initiativen auf den Lebensschutz und die Lebenswürde abzielen, unter dem Strich jedoch völlig unterschiedliche Auswirkungen haben.

• Martin Frommelt

Wie FBP-Fraktionspräsident Markus Büchel festhielt, wird mit dem Gegenvorschlag der FBP- und VU-Fraktion dem Grundanliegen der Initianten Rechnung getragen: «Sowohl die Würde des Menschen als auch das Recht auf Leben werden darin verankert. Der Gegenvorschlag entspricht auch internationalen Standards, was bedeutet, dass wir damit nichts Neues erfinden. Hingegen trifft dies in keiner Weise auf die Initiative zu, denn nach Aussagen von Verfassungsrechtlern ist keine andere Verfassung bekannt, in der eine Staatsaufgabe mit diesem einschränkenden Wortlaut enthalten ist. Mit dem Gegenvorschlag der von beiden Fraktionen von FBP und VU eingereicht wurde, soll aber auch in Zukunft Raum bleiben, um notwendige Anpassungen in Themenbereichen, wie sie durch die Initiative «Für das Leben» tangiert sind, vorzunehmen. Zudem sind sowohl die Fraktion der FBP als auch die Fraktion der VU überzeugt, dass diese Artikel in eine moderne Verfassung gehören.

«Nicht fassbare Grenzen»

VU-Fraktionspräsidentin Doris Beck sprach von «nicht fassbaren Grenzen und Auswirkungen der

Initiative», dagegen biete der Gegenvorschlag die Möglichkeit, eine Ethik-Diskussion stattfinden zu lassen, sich damit auseinander zu setzen und Lösungen für die vielen Themenbereiche zu erarbeiten. All diese wichtigen Fragen rund um das Leben und Sterben sollen nach Aussage von Doris Beck nicht «pauschal mit einem Federstrich abgeklemt werden.

«Komplett verschieden»

Ähnlich äusserte sich auch Doris Frommelt (FBP): «Die beiden nun vorliegenden Initiativen veranschaulichen zwei komplett verschiedene Weltbilder: Die Initiative «Für das Leben» ist ein Dogma, der Gegenvorschlag des Landtags ist ein Individualrecht. Ich spreche mich ausdrücklich für diesen Gegenvorschlag der Landtagsfraktionen aus, da ich möchte, dass wir die diversen ethischen Themen wie

Schwangerschaftskonflikte, Sterbehilfe, Stammzellenforschung, Organtransplantation, pränatale Diagnostik, usw. separat tief gehend behandeln und uns dann individuell entscheiden können.»

Nicht für Abtreibung

Rudolf Lampert (FBP) betonte, dass ein Ja zum Gegenvorschlag und ein Nein zur Initiative keineswegs bedeute, dass man damit automatisch einer liberalen Handhabung des Schwangerschaftsabbruches das Wort rede: «Ganz im Gegenteil! Ich werde mich dafür einsetzen, dass restriktive Bestimmungen zum Tragen kommen.»

«Fundamentalistisch»

Paul Vogt (FL) kritisierte, die Initiative sei der Versuch, all die Fragen von der Abtreibungsproblematik bis zur Sterbehilfe, «auf Verfassungsstufe in einer fundamentalistischen Sichtweise ein für alle mal zu erledigen».

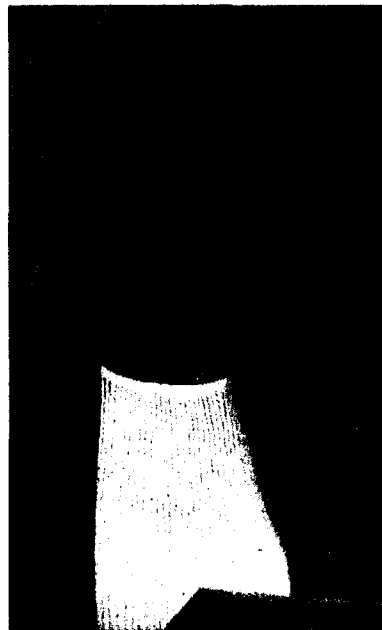
«Stimmungsmache»

Pepo Frick (FL) sagte, für ihn als Arzt sei am Stossendsten, dass das Initiativkomitee in seinem offenen Brief die unhaltbare Behauptung aufgestellt habe, dass Behinderte, Alte und Schwache in Liechtenstein nicht mit der nötigen Sorgfalt betreut würden. Pepo Frick: «Das ist eine unverantwortliche Stimmungsmache, die entschieden abzulehnen ist.»

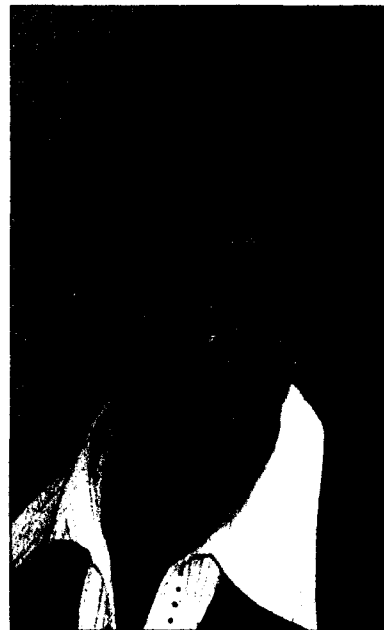
Pepo Frick rief die Initianten einmal mehr auf, sich endlich zu brennenden offenen Fragen zu äussern. Etwa: Wäre die Pille danach noch erlaubt? Ist die Spirale noch einsetzbar? Ist ein Schwangerschaftsabbruch unter keinen Umständen mehr straffrei? Sind Organtransplantationen nicht mehr möglich? Werden neue medizinische Techniken verhindert? Wird Sterbehilfe zum Tabuthema?

Fürsprache für die Initiative

Gegen die breite Kritik des Landtages versuchte sich Günther Kranz (VU) für die Initiative stark zu machen. Er ortete eine überhandnehmende «individuelle Freiheitsauffassung», die das Leben der Schwächeren zunehmend gefährde: «Im Hinblick auf die Zukunft der Gesellschaft ist es dringend notwendig, ethische Werte wieder zu entdecken und das Recht auf Leben zu schützen». Ähnlich Marlies Amann-Marxer (VU): «Wo das Leben eines Anderen tangiert wird, sind jedoch sehr enge Grenzen zu setzen. Im Zweifelsfall entscheide ich mich klar für den umfassenden Schutz des Lebens. Nicht alles ist verhandelbar.»



Sprachen sich klar für den Gegenvorschlag und gegen die Initiative aus: Doris Frommelt (FBP) und Andrea Matt (FL).



Die beiden Vorschläge zur Verfassungsänderung im Vergleich

FBP-Fraktion	VU-Fraktion
Artikel 27 wird ergänzt durch:	Artikel 27 wird ergänzt durch:
1) Die Würde des Menschen ist unantastbar.	1) Die Würde des Menschen ist unantastbar.
2) Niemand darf willkürlich oder unbillig verfolgt werden.	2) Niemand darf willkürlich oder unbillig verfolgt werden.

N. Hauptartikel	Artikel 27
1) Die Würde des Menschen ist unantastbar.	1) Die Würde des Menschen ist unantastbar.
2) Niemand darf willkürlich oder unbillig verfolgt werden.	2) Niemand darf willkürlich oder unbillig verfolgt werden.